

Gießener Landbote

Vorbericht.

Dieses Blatt soll dem hessischen Lande die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt, ja sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch meineidige Richter vielleicht gehängt. Darum haben die, welchen dies Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

- 1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vor der Polizei verwahren;
- 2) sie dürfen es nur an treue Freunde mittheilen;
- 3) denen, welchen sie nicht trauen, wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hintlegen;
- 4) würde das Blatt dennoch bei Einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben dem Kreisrath habe bringen wollen;
- 5) wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Friede den Hütten! Krieg den Pallästen!

Im Jahr 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am 5ten Tage, und die Fürsten und Vornehmen am 6ten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: Herrschet über alles Gethier, das auf Erden kriecht, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigne Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihm mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Aecker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.

Aus dem "Hessischen Landboten" von Gerhard Büchner, 1864.

Soll Koch bleiben?

Florian Schulte / Gießen. An sich war das Ergebnis ja klar: Bei der letzten Landtagswahl haben die WählerInnen sehr deutlich entschieden, dass sie die Politik des amtierenden Ministerpräsidenten Koch nicht wollen. Gründe dafür gibt es genug: Nach der CDU-Spendenaffäre 1999, die Roland Koch vertuschte, einer jahrelangen Politik des Sozialabbaus, der Bildungsungerechtigkeit und der kulturellen Inkompetenz war Roland Koch eigentlich am Ende. Mehr Details? Ministerpräsident Roland Koch finanzierte 2004 zwar weiterhin die Frankfurter Pferderennbahn und leistet sich Luxusmöbel für die Staatskanzlei. Gleichzeitig wurden im Rahmen der „Operation Sichere Zukunft“ Zuschüsse für soziale Einrichtungen, wie Frauenhäuser, Schuldnerberatungen oder die Verbraucherberatung gekürzt¹. Die Folgen waren Entlassungen und weniger Hilfe für die Menschen in Hessen.

Als Ministerpräsident kassierte er das Ergebnis des aufwendigen Mediationsverfahrens zum Ausbau des Frankfurter Flughafens, nämlich das Nachtflugverbot, einfach ein. Mit der Einführung der Studiengebühren von 500 € pro Semester, sollen die Unis langsam aber sicher für den freien Markt und die Privatisierung vorbereitet werden. Und die jetzige Stiftungsuni Frankfurt ist faktisch schon teilprivatisiert. Die demokratische Mitbestimmung wurde auf ein Minimum zurechtgestutzt². Ach ja, und was die Sache mit der

kulturellen Inkompetenz angeht: Vielen ist vielleicht noch die CDU-Forderung nach einem Burkaverbot an Schulen bekannt, die daran scheiterte, dass bisher noch keine einzige Schülerin mit Burka in Hessen gesichtet wurde. Dann kam Andrea Ypsilanti. Sicherlich: Den Leuten vor der Wahl zu erzählen „Nie mit der Linkspartei!“, um dann nach der Wahl mit genau dieser Partei zusammenzuarbeiten, ist unehrlich. Das gilt umso mehr, wenn man im Wahlkampf viel Vertrauen durch seine mutmaßliche Ehrlichkeit gewonnen hat. Trotzdem: Warum wird der Frage „Welche Partei mit welcher?“ mehr Aufmerksamkeit geschenkt als der Frage: Was macht die daraus entstehende Regierung eigentlich? Ich meine, was ist der größere Wortbruch? Sich von Partei X tolerieren zu lassen oder seine gewählten Inhalte nicht verwirklichen zu können?

Die Medienkampagne der letzten Monate zeigte schillernde politische Farbenspiele und man diskutierte die Frage, wie machtgeil Andrea Ypsilanti ist. Der Machttaktiker Roland Koch dagegen bekam nie einen solchen eisigen Wind zu spüren. Es gab Berichte über Lügen und Intrigen, nur nicht über Inhalte. Und jetzt weigert sich Roland Koch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Gegenseite in einem TV-Duell zu führen. Aus Angst zu verlieren? Eher aus Ignoranz vor uns Wähler-

Freier Markt = Wohlstand für alle? Falsch!

Innen.

Was ist denn mit den wirklich wichtigen Dingen dieser Zeit: Klimaschutz, Chancengerechtigkeit, Qualität in Bildung, Gesundheitswesen, Bewältigung der Finanzkrise? Immer noch führt das Schulsystem mit Gymnasium, Realschule und Hauptschule bereits nach der 4. Klasse zu Bildungsungleichheit, die bereits vom UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung scharf kritisiert wurde. Jetzt gibt es das Abi bereits nach acht Jahren - auf Kosten der Durchlässigkeit. In der neuesten IGLU-Studie zur Grundschulbildung hat sich Hessen als einziges Land verschlechtert. Hessen ist hinten! Die Reaktion der Landes-CDU? Den Test abschaffen! Oder das alte, neue Thema Studiengebühren: Von der rot-grün-roten Parlamentsmehrheit 2008 abgeschafft, wollte der FDP-Spitzenkandidat Jörg-Uwe Hahn, die Gebühren wieder sofort einführen. Glücklicherweise wurde dies dann auf Antrag der Jungen Liberalen (Dankeschön!) aus dem Programm genommen. Politisch bindend ist der Beschluss freilich nicht. Trotzdem scheint hier das Gelb der Solidarität und Freien Bildung sogar bis ins Gelb der FDP gewirkt zu haben.

Und Ministerpräsident Roland Koch sagte noch im Dezember dem HR: "Ob wir in Hessen im Gegensatz zu anderen Ländern dauerhaft auf Studiengebühren verzichten können, bleibt sicher die Frage"³. Studiengebühren sind zwar unwahrscheinlicher, aber unter einer schwarz-gelben Regierung nicht unmöglich geworden.

Noch ein Wort zur Finanzkrise: Die Ideologie „Freier Markt = Freie Bürger = Wohlstand für Alle“ ging offensichtlich in die Hose. Aber Roland Koch ist ein der heftigsten Verfechter dieser neoliberalen Ideologie. Mit der Privatisierung der Uniklinik Gießen- Marburg durch die Röhn AG sollte alles besser werden. Aber noch nicht mal die Rendite für die Röhn AG stimmt. Unbesetzte Stellen bleiben unbesetzt, Pflegekräfte werden abgebaut, Patienten schlecht versorgt durch die Abteilungen geschleust um mehr Geld zu machen. Die Missstände wurden auch von den Gewerkschaften scharf kritisiert⁴.

In der Politik geht es um uns, deshalb müssen wir uns alle einbringen. Man kann etwas tun! Alle Parteien haben Wahlprogramme online –

Überfliegen sagt oft schon genug! Wenn das nicht reicht, dann nehmen Sie Kontakt zu den Politikern und Politikerinnen auf, oder gründen mit anderen eine Interessengemeinschaft. Dass dies funktioniert haben die Studierenden bei Ihrem Kampf gegen Studiengebühren gezeigt! Wenn wir nicht wählen gehen, dann schaden wir der Demokratie als Ganzes. Das führt zu noch mehr undemokratischen Strukturen und nutzt dann z.B. jenen gutbezahlten wirtschaftlichen Lobbyverbänden⁶, deren Politik der Gewinnmaximierung gehorcht. Deren Folgen, soziale Ungleichheiten und zerstörte Umwelt, sehen wir täglich.

Bitte gehen Sie deshalb am 18. Januar wählen!

Quellenangaben finden Sie auf der letzten Seite.



Eigenwerbung der CDU
(www.roland-koch.de)

Schade Eigentlich!

Ein Kommentar von Simone Ott / Gießen. Das Ergebnis der letzten Wahl in Hessen hätte sehr basisdemokratisch genutzt werden können. Keine der Parteien konnte eine absolute Mehrheit verbuchen und eine Koalition wollte sich nicht herausbilden. Das wäre DIE Gelegenheit für inhaltliche Diskussionen zu allen politischen Streitpunkten gewesen. Womöglich hätten die Parteien sogar dazu übergehen müssen, die WählerInnen direkt nach ihrem Willen zu befragen, um handlungsfähig zu sein. Doch nein: dazu ist das deutsche Parteiensystem nicht geschaffen. Ohne geklärte Machtfrage und Koalitionszwänge traut sich keine

(Fortsetzung Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

der Parteien auf's politische Parkett. Ganz so als hätten sie keine überzeugende Meinung zu vertreten. Aus der sinkenden Wahlbeteiligung hätte gelernt werden können, dass die WählerInnen wohl generell unzufrieden mit dem Politikgeplänkel sind. Ein Ursache liegt in der fehlenden Mitbestimmung. Hier gibt es aber Ansätze in Form von Volksabstimmungen oder partizipative Haushalten. Bei diesen speziellen Haushalten bestimmen die BewohnerInnen über einen Teil des Haushaltes mit. Dies funktioniert schon seit Jahren erfolgreich im brasilianischen Porto Alegre und auch in Köln wurde es erfolgreich getestet.

Doch es scheint, dass viele PolitikerInnen nach der Wahl kein Interesse an inhaltlichen Debatten und den Bedürfnissen der Menschen haben. Eine neue Wahl soll die Machtfrage für die nächsten Jahre klären. Ob Koch oder Schäfer-Gümbel oder wer auch immer eine Berechtigung für das politische Handeln durch die Wahl erhält, muss sich bei den betroffenen Menschen nicht mehr rückversichern.

Hartz IV, G8, Studiengebühren, Flughafenbau Frankfurt, Privatisierungen der Bahn, Kliniken und von Stadtwerken, neue Überwachungsgesetze etc. Schon lange nicht mehr haben sich Regierungen mit so vielen Protesten aus der Bevölkerung kon-

frontiert gesehen. Und es ist weiterhin wichtig, dass sich der politische Wille der Menschen außerparlamentarisch organisiert, um wahrgenommen zu werden. Denn es ist besser auf die Straße zu gehen um politische falsche Entscheidungen aufzuhalten, als im stillen Kämmerlein darauf zu hoffen, dass es nicht so schlimmer wird. Konkret umsetzbare Alternativen gibt es einige, andere müssen wir gemeinsam entwickeln. Aber wir müssen das wollen und solidarisch miteinander handeln, statt uns gegeneinander ausspielen zu lassen!

www.direkte-demokratie.de
www.partizipativerhaushalt.de

man überleben muss, was nicht alle schaffen. Viele andere werden vom Stress krank. Und auch Susanne musste erfahren, dass sie nicht unendlich robust ist und nahm aus dem Referendariat eine Neurodermitis mit. Nun darf sie aber endlich Kinder unterrichten und sie macht es gerne. Sie wurde Lehrerin im Gießener Umland. Aber in Hessen gibt es die Besonderheit, dass LehrerInnen nur für knapp 11 Monate eingestellt und dann zu den Sommerferien wieder entlassen werden. In dieser Zeit muss Susanne sich arbeitslos melden. Dumm nur, dass sie nicht wusste, dass man sich nicht schriftlich arbeitslos melden darf. So verlor sie 2 Wochen Anspruch. Da sie aber keine 12 Monate arbeiten durfte, hatte sie lediglich Anspruch auf ALG II. Genervt gab sie ihre Ansprüche auf, weil sie nach 4 Wochen in der selben Schule weitermachen durfte. Während der Sommerferien arbeitete sie gar ohne Bezahlung für die Schule, schließlich wollte sie dort bleiben und man erwartete es so von ihr. Dass sie schlechter bezahlt wurde und einen völlig unsicheren Status hat, verstanden die Kolleginnen gar nicht. Nun ist sie seit einem Jahr Klassenlehrerin und immer noch nicht fest angestellt. Die Direktorin will sie fest einstellen, darf es aber noch nicht. (Fortsetzung auf S. 3)

Schule des Lebens

MaWi / Gießen. Kinder unterrichten wollte Susanne M. (Name von der Redaktion geändert) schon immer. Sie wollte Grundschullehrerin werden. Und so kam sie im Wintersemester 1997/98 zum Studium nach Gießen. Das Jahr, in dem gerade die ErstsemesterInnen in Form des „LuckyStrike“ gegen überfüllte Hörsäle und Seminare streikten und damit eine bundesweite Streikwelle auslösten. Susanne war dabei. Ein interessanter Streik, da dieser erstmals auch von der herrschenden

Politik gelobt wurde. Einerseits weil sich die Zustände tatsächlich Jahr für Jahr verschlechterten. Andererseits weil die Studierenden in der Mehrzahl apolitisch und ohne allgemeine gesellschaftskritische Vorstellungen kämpften. Viele wollten nur eine vernünftige Berufsausbildung. Und das passte in die neoliberalen Vorstellungen dieser Zeit. Der Streik ging zu Ende, aber die Misere an den Unis verschärfte sich. Und Susanne arbeitete nebenher um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Bei H&M wurde sie rausgeschmissen, da sie es wagte, sich für ihre Rechte als Arbeitnehmerin einzusetzen. Das Arbeitsgericht gestand ihr denn auch mehrere Monatsgehälter Nachzahlung zu. Sie studierte, lebte, liebte und arbeitete wie tausend andere Studierende auch. Susanne machte auch hier und da noch eine politische Aktion mit. Aber dann begann die Zeit des Referendariats. Eine Zeit, in der erwachsene Menschen wie Kleinkinder behandelt werden. Eine Zeit, die



Finanzkrise und die Alternativen

Simone Ott / Gießen. Opel, BMW und Daimler stoppen ihre Autoproduktion. BASF legt weltweit 80 Produktionsanlagen still und drosselt die Produktion in 100 weiteren. Nur einige Beispiele für die Auswirkungen der derzeitigen Finanzkrise. Und den meisten fallen als Lösungen nur Verschrottungsprämien, Konsumgutscheine, Steuersenkungen, Bankenstützungen und Bürgschaften für Autohersteller ein, damit alles so weiter läuft wie bisher. Doch während die meisten zittern und jammern, gibt es durchaus Grund, sich zu freuen: Weniger Autos bedeuten weniger Verkehr auf den Straßen, weniger Staus, weniger Unfälle, weniger Schrott und weniger Abgase.

Von Opel heißt es, es handele sich lediglich um eine Bürgschaft, es gebe aber kein „Liquiditätsproblem“. Genauso wie die Produktionseinstellung bei BASF nicht den Bankrott des Unternehmens bedeutet. Selbst wenn der Gewinn 2008 etwas niedriger ist, als 2007 wäre das immer noch das zweitbeste Ergebnis in der ganzen Firmengeschichte! Was den Betrieben bei den derzeitigen Verhältnissen flöten geht, ist der erwartete PROFIT und das WACHSTUM. Aber: Ist das denn so schlimm? Warum sollten wir uns an diese kapitalistische Regel halten, dass eine Firma nur dann erfolgreich ist, wenn ihre Gewinne ständig steigen? Und wie soll das in den nächsten, sagen wir mal, hundert Jahren funktionieren, wenn alle Firmen weltweit immer mehr produzieren wollen als im Jahr davor? Wer soll all die Autos, Fernseher, Handies etc. kaufen und wo sollen die Rohstoffe dafür herkommen? Wäre es nicht sinnvoller,

die Herstellung all dieser Gebrauchsgegenstände nach dem Verbrauch der Menschen auszurichten anstatt ihn über Werbung anzukurbeln? Dann würde sich der Erfolg eines Unternehmens nicht an seinem Gewinn messen, sondern nach seiner Fähigkeit, die Menschen satt zu machen, genügend Möbel herzustellen oder gute Häuser für alle zu bauen. Diese bedürfnisorientierte Produktion gibt es zum Beispiel schon im Bereich der Freien Software. Viel weitergehende Überlegungen findet man im Modell der Peer Ökonomie (siehe www.peerconomy.org/wiki/Deutsch).

Auch für die ArbeitnehmerInnen wäre eine Produktionsweise, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, vorteilhaft. Fünf Stunden Arbeitszeit pro Woche würden reichen, um die Gesellschaft am Laufen zu halten (nach Darwin Dante, www.5-stunden-woche.de). Die derzeitigen Arbeitszeitverkürzungen in der Automobilbranche oder bei BASF wären dann kein Problem mehr. Das Problem besteht zur Zeit darin, dass die ArbeitnehmerInnen nicht von der steigenden Produktivität profitieren. Obwohl diese seit Jahren zunimmt, ist der Reallohn gesunken. Es ist doch erstrebenswerter, dass alle weniger arbeiten statt wenige viel, und viele arbeits- und somit einkommenslos sind. Weniger arbeiten bei gleichem Wohlstand, das ist bei der hohen Produktivität in Deutschland ohne weiteres möglich. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen wäre somit denkbar. D.h. dass alle Menschen einen Grundbetrag zum

menschenwürdigen Leben bekommen, egal ob sie arbeiten oder nicht. Und wenn sie mehr Geld wollen, können sie zusätzlich arbeiten gehen (www.archiv-grundeinkommen.de). So könnten wir zur Abwechslung mal für Fortschritt im sozialen Bereich kämpfen, statt immer nur im wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen. Unwürdige Lebensbedingungen wie unter ALG II würden wegfallen. Niemand müsste sich mehr als Bittsteller beim Staat fühlen. Die grundlegenden Arbeitsbedingungen könnten sich für alle verbessern, weil niemand mehr gezwungen wäre, jeden Job anzunehmen, nur um zu überleben. Auch eine Übernahme von kriselnden Unternehmen durch die ArbeitnehmerInnen ist denkbar. Zuletzt geschah das mit Bike-Systems in Nordhausen (www.strike-bike.de).

Außerhalb Deutschlands sind solche Unternehmensrettungen noch viel häufiger, meist in Formen der Solidarischen Ökonomie (www.solidarische-oekonomie.de). Wie man sieht bietet die aktuelle Krise auch Chancen für Neues, weil deutlich wird, dass das alte überdacht werden muss. Es gibt schon viele spannende, unkonventionelle und praktikable Ansätze die von vielen findigen Köpfen entwickelt wurden.

Viele von uns haben zur Zeit weniger zu verlieren als zu gewinnen! Denkt selbst weiter, sucht Ideen im unerschöpflichen WorldWideWeb. Nur eins ist sicher: Ein „weiter wie bisher“ führt weg von einer sozialfortschrittlichen Gesellschaft.

Es ist doch erstrebenswert, dass alle weniger arbeiten statt wenige viel

(Fortsetzung von Seite zwei)

An anderen Schulen werden diese Lehrkräfte sogar erpresst, um sie gefügiger zu machen. Und wenn fest eingestellte LehrerInnen sich gegen die Bildungspolitik wehren, werden sie vom Land Hessen auf ihre Beamtenpflicht hingewiesen. Früher sprach man von Kadavergehorsam.

So wird in Hessen nicht nur Druck auf die Kinder gemacht mittels Auslese, überfüllten Klassen, schlechter Ausstattung und G8. Auch LehrerInnen leiden an der Bildungs- und Sozialpolitik des Landes Hessen. Deshalb: Am 18. Januar Koch abwählen!

◆◆◆

Im hessischen Bildungssystem haben es arme Kinder besonders schwer. Angefangen beim nicht bezahlbaren KiTa-Platz, über fehlende finanzielle Mittel für Schulsachen, Pausenbrote, Nachhilfe- und Betreuungsangebote, Schulmensen, -ausflüge, Musik- und Sportangebote, bis hin zur frühen Selektion in die verschiedenen Schulzweige nach der 4. Klasse – immer wieder werden diese Kinder ausgeschlossen oder benachteiligt. Dagegen wird in den vorbildlichen Schulen der PISA-Sieger Schweden und Finnland ohne Selektion und Sitzenbleiben bis zur 9. Klasse gemeinsam gelernt und jedes Kind individuell gefördert.

So verwundert es auch nicht, dass an den deutschen Hochschulen nur 13% Studierende aus einkommensschwachen Familien vertreten sind. Die Studiengebühren, die von der Koch-Regierung gegen alle Argumente und Widerstände durchgesetzt wurden, wirken vor allem auf ärmere Jugendliche abschreckend. Die Folgen von Kinderarmut sind vielfältig: Mangelernährung, Krankheiten, soziale Ausgrenzung und Bildungsarmut.

Aber in den 10 Jahren der hessischen CDU-geführten Landesregierung waren von Seiten des Bundeslandes keine Anstrengungen gegen Kinderarmut und für die Verbesserung von Bildungschancen zu beobachten. Vielmehr hat Ministerpräsident Roland Koch die Hartz IV – Gesetzgebung im Bundesrat mitgetragen. Im Zuge der „Operation sichere Zukunft“ hat das Land Hessen außerdem vielen sozialen Einrichtungen, wie z.B. Schuldnerberatungen und Frauenhäusern, die Bezüge gestrichen.

Auch im Landkreis und in der Stadt Gießen wird der Handlungsbedarf in Bezug auf die wachsende Kinderarmut ignoriert. Die CDU lehnte im Kreistag und im Stadtparlament entsprechende Anträge immer wieder ab.

Möchten auch Sie sich gegen Kinderarmut engagieren? Der Arbeits-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die CDU ignoriert die wachsende Kinderarmut

Benni / Gießen. Sie glauben, hungernde Kinder wären ein Problem der „Dritten Welt“? Sie denken, in Deutschland muss kein Kind hungern? Falsch! In Deutschland ist jedes 6. Kind von Armut betroffen. Mindestens 2,5 Millionen Minderjährige leben auf Sozialhilfeniveau. Im Hartz IV-Satz sind für Kinder unter 14 Jahren pro Tag 2,28 Euro für Lebensmittel veranschlagt. Für eine ausgewogene und gesunde Ernährung benötigen 14-jährige Kinder aber mindestens das Doppelte! Dass Jugendliche für Wachstum und Entwicklung generell einen höheren Energie- und Nährstoffbedarf als Erwachsene haben, findet in den Hartz IV-Regelsätzen keine Beachtung. Ein Posten für Schulsachen existiert nicht. Für allgemeine Schreibwaren

sind 1,63 Euro im Monat vorgesehen. Es ist klar, dass im Monat viel mehr an Kosten für Schulsachen anfällt: für Bücher, Hefte, Stifte. Dazu kommen Schultaschen, Klassenfahr-



Für Schreibwaren sind 1,63 im Monat vorgesehen.

ten, Sportsachen, Schulessen usw. Je nach Jahrgangsstufe kommen hier für bis zu 300 € im Jahr zusammen.

Für Spielzeug sollen nur 76 Cent pro Monat reichen. Nur Wenige wissen, dass der Regelsatz für Kinder mit Einführung von Hartz IV von 398 € auf 345 € gekürzt wurde. So fordert denn auch der Kinderschutzbund eine Erhöhung der Hartz IV-Bezüge. Im Kreis Gießen leben nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes etwa 7000 Kinder, die von Armut betroffen sind. Mindestens 1500 Menschen im Kreis müssen sich über "die Tafeln" mit Lebensmitteln versorgen. Alleine 600 stehen noch auf Wartelisten. Holger Claes, Leiter der Diakonie in Gießen, bezeichnete Gießen kürzlich als "das Armenhaus in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau".

Dann doch – Roland Koch??

Viele fragen sich seit dem (vorläufigen?) Scheitern der Rot-Grünen Minderheitsregierung, wie es jetzt weitergehen soll...

„Wen wählen?“

Um ein bisschen Klarheit in diese Frage zu bringen:

- 18:30 Was ist in den letzten acht Jahren passiert? (kurzer Vortrag)
- 18:45 Was ist seit der letzten Wahl passiert? (kurzer Vortrag).
- 19:15 Und am wichtigsten: Was wollen wir – der Souverän, das Volk – eigentlich in der Sachpolitik erreichen? (Brainstorming und kurze Diskussion im Plenum, ca. ½ Stunde)
- 20:00 Besprechung der Ergebnisse mit dem Lokalbündnis Gießen

Ziel: Gemeinsame Standpunkte gemeinsam vertreten!

Welche Partei dann ein offenes Ohr für uns hat und wen wir schließlich wählen wird sich zeigen!

kreis gegen Kinderarmut in Gießen trifft sich immer mittwochs um 20.00 Uhr in den Räumen der Arbeitsloseninitiative Gießen, Walltorstr. 17. Weitere Informationen unter: www.gegen-kinderarmut.de.vu. Den Kinderschutzbund Gießen finden Sie in der Marburger Straße 24.

Quellen aus dem Artikel "Soll Koch bleiben?"

- 1 <http://www.hofmeyer-mdl.de>;
- 2 Hessisches Hochschulgesetz, zehnter Abschnitt, man beachte insb. die Struktur des Hochschulrats
- 3 http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=34954&key=standard_document_34738158
- 4 www.rettet-die-klinika.de

5 Hier sind vor Allem die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, das „Centrum für Hochschulentwicklung“ oder auch der „Bundesverband Braunkohle“ zu nennen, die alle offen und verdeckt Lobbyarbeit machen. Zu den ersteren zwei existieren sehr gute Wikipedia-Artikel, die hiermit wärmstens empfohlen sind.

Impressum

Herausgeber: Politisch interessierte Menschen aus Gießen.

Kontakt

Per Email: z.B. uwhero@yahoo.de

V.i.S.d.P. Andreas Bolm, Licherstr. 10a, 35394 Gießen